



## **Beschluss zur Bebauung des Bundesbank-Geländes**

Bremen ist wie alle Großstädte Deutschlands in den letzten Jahren zunehmend von Wohnungsmangel und steigenden Preisen für Wohnraum betroffen. In vielen Haushalten verschlingt die Miete einen immer höheren Anteil des Einkommens und trägt damit zur Entmischung von Stadtteilen und sozialen Spaltung der Stadt bei. Die Schaffung von zusätzlichem und insbesondere günstigem Wohnraum in allen Stadtteilen ist daher gesamtstädtisches Ziel.

Das Gebäude der ehemaligen Bremer Bundesbank-Filiale steht bereits seit 2015 leer. Die Errichtung von Wohnbebauung an dieser Stelle würde im Sinne einer angestrebten innerstädtischen Verdichtung dazu beitragen, ohne weitere Flächenversiegelung Angebote für viele Bremerinnen und Bremer zu schaffen. Der SPD-Ortsverein Altstadt-Mitte begrüßt daher eine Bebauung und Schaffung von Wohnraum an dieser Stelle sowie den im bislang vorliegenden Entwurf vorgesehenen hohen Grünflächenanteil und die Öffnung zum Imre-Nagy-Weg ausdrücklich.

Gleichwohl ist bei einer Bebauung die besondere und über lange Zeit hinweg gewachsene architektonische Struktur des an das Bundesbankgelände angrenzenden Stadtteils zu beachten. Dort zu errichtende Gebäude müssen dem Standort zwischen Wohnviertel einerseits und dem Kennedyplatz und Imre-Nagy-Weg als „Tor zur Innenstadt“ andererseits Rechnung tragen. Keinesfalls darf eine potenzielle Bebauung den einzigartigen Charakter der umliegenden Straßenzüge und das innerstädtische Stadtbild als Ganzes beeinträchtigen. Ebenso ist auf die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Bürgermeister-Smidt-Schule zu achten. Im Zuge der Abriss- und Bauarbeiten entstehende Beeinträchtigungen durch Lärm, Staub und Erschütterungen sind nicht vollständig vermeidbar, müssen jedoch auf ein vertretbares Maß beschränkt werden.

Der Ortsverein Altstadt-Mitte spricht sich daher für folgende Rahmenbedingungen hinsichtlich einer Bebauung auf dem Grundstück des Bundesbank-Gebäudes aus:

- Eine Quote von 30% an Sozialwohnungen bei der Bebauung des Geländes ist anzustreben.
- Die Gesamthöhe der Bebauung muss sich an den benachbarten und umliegenden Gebäuden orientieren. Der höchste Punkt des Gebäudes sollte den des BLG-Gebäudes nicht übersteigen. Ein Hochhaus, so wie es im bislang vorliegenden Entwurf vorgesehen ist, wird daher abgelehnt.
- Das Gebäudeensemble soll sich optisch in den Straßenverlauf der Kohlhöckerstraße und Salvador-Allende-Straße einfügen und ist dem Umfeld anzupassen. Gegebenenfalls sind hierzu Abstriche hinsichtlich der Bruttogeschossfläche hinzunehmen. Von weiteren Vollgeschossen zusätzlich zum derzeitigen Planungsstand ist abzusehen.
- Die im bislang vorliegenden Entwurf vorgesehene Grünfläche muss dauerhaft für die Öffentlichkeit zugänglich und zum Imre-Nagy-Weg hin geöffnet werden. Dies ist durch eine öffentlich-rechtliche Widmung abzusichern.
- Der Bauträger soll angehalten werden, die Anwohnerinnen und Anwohner sowie die Bürgermeister-Smidt-Schule frühzeitig über alle Schritte der Abriss- und Bauarbeiten zu informieren. Die Arbeiten sollen möglichst erschütterungs-, staub- und lärmarm durchgeführt und gemeinsam mit dem Baustellenverkehr auf Tageslichtzeiten und Werkzeuge beschränkt werden.

- Zur Gewährleistung eines transparenten Verfahrens sind die Öffentlichkeit und die zuständigen politischen Gremien bei allen Verfahrensschritten mit hinreichend zeitlichem Vorlauf zu informieren und zu beteiligen.
- Bei künftigen Bauvorhaben im weiteren Umfeld sind Geschossflächenzahlen und Bauvolumina im Einklang mit der vorhandenen charakteristischen Bebauung zu entwickeln. Die Gebäudehöhe bei der Bebauung des Bundesbankgeländes darf keine unverhältnismäßige Höhenentwicklung in Ostertor und Steintor nach sich ziehen. Bei entsprechenden Bauvorhaben soll die Bürger/-innen-Beteiligung rechtzeitig und vor Festlegung der verbindlichen Planungsgrundlagen durchgeführt werden.